



Nr. 7

18. Februar 2021

Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortliche Redakteurin
Michaela Zimmermann

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

One Billion Rising

[dbb frauen erheben sich in Solidarität mit Frauen weltweit](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

[Kinderbetreuung und Homeoffice: Benachteiligung nicht zulassen](#)

Hessen

[Schmitt: Gesellschaft muss Rassismus zurückdrängen](#)

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

[DPVKOM fordert Homeoffice-Pauschale für Telekom-Beschäftigte](#)

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

[Beitragseinzug durch die Krankenkassen erhalten](#)

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

[Keine Forderungen für die Tarifrunde 2021 erhalten](#)

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG)

[Automatische Kennzeichenerfassung zur Strafverfolgung](#)

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

[PCR-Pooling-Tests bei der Zollverwaltung](#)

[Namen und Nachrichten](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

One Billion Rising

dbb frauen erheben sich in Solidarität mit Frauen weltweit

dbb frauen und unterstützen den internationalen Aufruf „One Billion Rising“ zum 14. Februar 2021. Als Zeichen internationaler Solidarität erheben sie mahnend die Hand gegen Gewalt an Frauen und für mehr Frauenrechte in der ganzen Welt.

„Gerade in Zeiten der Pandemie, in der die Bewegungsfreiheiten stark eingeschränkt sind, müssen wir Frauen und Mädchen, die von Gewalt bedroht oder betroffen sind, noch besser unterstützen als bisher. Frauen haben ein Recht darauf, sicher und gewaltfrei zu leben“, appellierte dbb frauen Chefin Milanie Kreutz mit Blick auf die internationale Protestaktion „One Billion Rising“, die am 14. Februar 2021 weltweit dazu aufruft, ein solidarisches Zeichen für Frauenrechte zu setzen – dieses Jahr unter dem Motto „Rising for Mother Earth“ (englisch für „Erhebt euch für Mutter Erde“).

In Deutschland würden Frauen und Mädchen noch zu häufig Opfer von Gewalt, mahnte Kreutz. „Wir müssen auch vor unserer eigenen Haustüre kehren: Jede dritte Frau in Deutschland hat mindestens einmal in ihrem Leben physische und/oder sexualisierter Gewalt erfahren. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen. Wir müssen uns als Gesellschaft entschieden gegen misogynen Tendenzen stellen“, so die dbb frauen Chefin. Dafür müsse aber auch mehr in den Opferschutz und die gezielte Gewaltprävention investiert werden. „Ganz wichtig ist die gesicherte Finanzierung von Frauenhäusern. Aber auch die Kolleginnen

und Kollegen, die etwa bei der Polizei, im Krankenhaus, in Gesundheits- und Jugendämtern, Schulen und Jugendhilfeeinrichtungen tagtäglich einen wichtigen Beitrag zur Gewaltprävention und zum Opferschutz beitragen, müssen für diese Aufgabe materiell und fachlich gut gerüstet sein“, so Kreutz.

Darüber hinaus wirbt Kreutz für internationale Solidarität und gemeinsame Lösungen im Kampf für Gleichstellung weltweit: „Frauenrechte sind Menschenrechte, die es auf allen Ebenen zu verteidigen gilt. Wir sind Teil einer globalen Gesellschaft. Deshalb unterstützen wir die Aktion 'One Billion Rising' am 14. Februar und setzen gemeinsam ein Zeichen der internationalen Solidarität.“

Hintergrund:

„One Billion Rising“ – englisch für „Eine Milliarde erhebt sich“ – ist eine weltweite Bewegung, die für das Ende der Gewalt an Frauen und Mädchen und für Gleichstellung steht. Die Kampagnentitel weist auf eine UN-Statistik hin, die besagt, dass eine von drei Frauen – sprich eine Milliarde Frauen weltweit – in ihrem Leben vorsätzlich verletzt, vergewaltigt oder gar getötet werden.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein

Kinderbetreuung und Homeoffice: Benachteiligung nicht zulassen

In der Freistellungspraxis der Kinderbetreuung aufgrund der eingeschränkten Betreuungsmöglichkeiten ist es zu Benachteiligungen von Beamtinnen und Beamten gekommen. Aufgrund einer Intervention des dbb sh hat die Staatskanzlei die Regelung modifiziert und lösungsorientierte Entscheidungen in Aussicht gestellt.

Gesetzlich versicherte Tarifbeschäftigte können aufgrund angepasster gesetzlicher Grundlagen (insbesondere SGB V) zum Zwecke der Kinderbetreuung Freistellungen beanspruchen – das gilt auch dann, wenn die Tätigkeit im Homeoffice erbracht werden könnte. Für Be-

amtinnen und Beamte wurde auf eine Ausnahmeregelung in der Sonderurlaubsverordnung gesetzt. Allerdings lehnen einige Dienststellen die Freistellungen strikt ab, wenn Homeoffice möglich ist. Doch nicht immer ist es betroffe-

nen Beamtinnen und Beamten möglich, parallel das Homeschooling ausreichend zu realisieren.

"Eine daraus resultierende Benachteiligung von Beamtinnen und Beamten kann nicht im Sinne der Landesregierung sein", so die Begründung des dbb sh für die Forderung, eine

Klarstellung vorzunehmen. In dem ab dem 15. Februar 2021 geltenden Erlassregelung heißt es: "Dabei gehe ich davon aus, dass über Anträge von Beamtinnen und Beamten auf Beurlaubung unter Abwägung der dienstlichen mit den privat-familiären Interessen der Betroffenen lösungsorientiert entschieden wird".

Hessen

Schmitt: Gesellschaft muss Rassismus zurückdrängen

„Der Anschlag von Hanau war ein tiefer Einschnitt für das friedliche Zusammenleben in der Gesellschaft und für den Zusammenhalt der Menschen in Deutschland“, sagte der Landesvorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt, im Vorfeld des ersten Jahrestages der rassistischen Morde von Hanau am 19. Februar 2020.

„Es muss eine zentrale Aufgabe des Staates und unserer Gesellschaft sein, solche Entwicklungen zu stoppen, Extremismus jedweder Form und Rassismus zurückzudrängen. Fassunglos mussten wir vor einem Jahr zur Kenntnis nehmen, welch' grausame Folgen das Abdriften eines Menschen an den äußersten rechten Rand unserer Gesellschaft, offenbar gepaart mit einer psychischen Störung, haben kann und dass der öffentliche Raum erneut Schauplatz völlig entgrenzter Gewalt wurde. Auch ein Jahr nach den Morden wird

der Schmerz für die Hinterbliebenen unermesslich groß sein. Deshalb sind wir in Gedanken bei Ihnen und trauern mit Ihnen", sagte Schmitt.

Jedoch mahnt Heini Schmitt davor, den Sicherheitsbehörden eine wie auch immer geartete Mitschuld an der Tat anzulasten, bevor dazu wirkliche Fakten auf dem Tisch liegen. Besonders am Gedenktag gilt es, mit den Verletzten und Hinterbliebenen zu trauern.

Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM)

DPVKOM fordert Homeoffice-Pauschale für Telekom-Beschäftigte

Die DPVKOM appellierte am 17. Februar 2021 an die Deutsche Telekom, ihren im Homeoffice tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine tägliche Pauschale zu gewähren.

Auch wenn die Deutsche Telekom den besonderen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im vergangenen Jahr mit einer Corona-Sonderzahlung honoriert hat, reiche das nicht aus. Diese Zahlung könnte bis Ende Juni 2021 sogar steuer- und sozialabgabenfrei erfolgen.

„Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Deutschen Telekom, die im Homeoffice arbeiten, ist eine Pauschale in Höhe von 5 Euro pro Tag für die Arbeit von zu Hause aus absolut gerecht-

fertigt. Schließlich stellen sie dem Unternehmen ihren Internet- und Stromanschluss kostenlos zur Verfügung und haben darüber hinaus auch noch zusätzliche Heizkosten“, so die Bundesvorsitzende der Fachgewerkschaft DPVKOM, Christina Dahlhaus. Gleichzeitig spare die Deutsche Telekom neben diesen Kosten auch noch die Aufwendungen für die Reinigung und Bewirtschaftung von Büroflächen.

Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS)

Beitragseinzug durch die Krankenkassen erhalten

Dem Vorstoß der Arbeitgebervereinigung BDA, den Einzug der Gesamtsozialversicherungsbeiträge von den Krankenkassen auf neu einzurichtende „zentrale Stellen“ zu verlagern, hat die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) am 12. Februar eine klare Absage erteilt.

Mit ihrem Vorschlag für ein „unbürokratisches und kostengünstigeres Verfahren zum Einzug von Sozialversicherungsbeiträgen“ hat die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in einem Papier vom 27. Januar 2021 ein Thema wiederbelebt, das schon vor vielen Jahren und völlig zu Recht beerdigt wurde. Der GdS-Bundesvorsitzende und dbb Vize Maik Wagner dazu: „Wir stehen für eine gegliederte Krankenversicherung ein und lehnen Zentralisierungsbestrebungen ab. Es gibt keinen Grund, am derzeitigen System des Beitragseinzuges zu rütteln. Es hat seine Funktionsfähigkeit und Robustheit in der Vergangenheit stets unter Beweis gestellt.“

Bereits 2006 gab es gesetzgeberische Pläne, den einzelnen Krankenkassen den Beitragseinzug abzunehmen und sogenannte „Zentrale Weiterleitungsstellen“ zu errichten. Der Arbeitgeber hätte sich dann ausgesucht, ob er die Beiträge von den einzelnen Krankenkassen

oder von zentralen Weiterleitungsstellen einziehen lässt. „Solchen Plänen aus der Mottenkiste der schlechten Ideen erteilt die GdS schon jetzt eine klare Absage“, so Wagner. „Die vorgeblichen Vorteile des Bürokratie- und Kostenabbaus sind nichts weiter als Scheinargumente.“

Schon Anfang des Jahres hatte der GKV-Spitzenverband betont, dass „der Vorschlag einer zentralen Annahme- und Weiterleitungsstelle für Beitragsnachweise und Beitragszahlungen keinen relevanten Beitrag zur Entbürokratisierung“ darstellt. Zu demselben Ergebnis war im Jahr 2011 bereits der Normenkontrollrat gekommen, der für die Bundesregierung die Bürokratiekosten von Gesetzen bewertet. Dem Rat zufolge würden die Weiterleitungsstellen „lediglich geringe Entlastungen für Unternehmen bringen und selbst wiederum Kosten der Verwaltung verursachen“.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)

Keine Forderungen für die Tarifrunde 2021 erhalten

Die GDL hat am 11. Februar 2021 die Aussage von DB-Personalvorstand Martin Seiler zurückgewiesen, nach der die GDL vor den Tarifverhandlungen eine „Verzögerungstaktik“ verfolge. Die GDL habe bisher von der Deutschen Bahn und dem ausführenden Arbeitgeberverband Move keine exakten Forderungen für die Tarifrunde 2021 erhalten.

„Scheinbar hat der gesamte Bahnvorstand aufgrund ständiger Abwehrreaktionen wegen falscher Zahlen und seinem Missmanagement im gesamten Eisenbahnsystem die Übersicht und Professionalität verloren“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. Die GDL hätte sich mit der DB nicht auf einen vorzeitigen Beginn der Tarifverhandlungen verständigt.

Die Tarifverträge laufen zum Ende des Monats aus. Die GDL wird der DB zu gegebener Zeit ihre Forderungen übermitteln und darin die Leistungen des Zugpersonals und aller anderen systemrelevanten Eisenbahnerinnen und Eisenbahner der direkten Bereiche in den Verkehrsbetrieben und den Betrieben der Infrastruktur einfließen lassen. „Unsere Kollegen

haben den Eisenbahnverkehr trotz Corona rund um die Uhr sicher und – soweit es ihnen möglich war – auch pünktlich aufrechterhalten. Sie konnten sich nicht ins sichere Homeoffice zurückziehen und haben dafür gesorgt, dass die Menschen zu ihren Arbeitsplätzen kommen und die Güter erhalten, die sie benötigen und tun das noch weiter. Sie sind auch nicht für das Missmanagement der DB verantwortlich, dass Milliarden-Schulden verursacht hat“, sagte Weselsky. „Deshalb haben die systemrelevanten ehrenwerten Berufe im Eisenbahnsystem definitiv mehr verdient als 1,5 Prozent für zwei Jahre, während sich die Führungskräfte vor einem Sanierungsbeitrag drücken und sich ihre Boni gegenseitig zuschanzen.“

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)

Automatische Kennzeichenerfassung zur Strafverfolgung

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG) hat am 12. Februar 2021 die geplante Änderung der Strafprozessordnung begrüßt, die der Polizei unter anderem die Möglichkeit einräumt, mit moderner Technik amtliche Kennzeichen von Kraftfahrzeugen sowie deren Standort mit Uhrzeit und Fahrtrichtung zu erfassen.

"Selbstverständlich darf dies nur beim Verdacht schwerer Straftaten erfolgen, das ist kein Instrument, um Eierdiebe zu fangen", so der DPOIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt. „In der Vergangenheit hat es derartige schwere Delikte gegeben, etwa der 'Autobahn-Sniper', der jahrelang auf andere Fahrzeuge geschossen und sein Unwesen auf den Autobahnen getrieben hatte. Er war erst nach langwierigen Ermittlungen unter ungeheurem Aufwand gefasst worden.“

Auch die so genannten "Behältnis-Schleusungen" könnten nach Auffassung der DPOIG auf diese Weise besser bekämpft werden. Immer

wieder waren nach Europa eingeschleuste Personen ums Leben gekommen, weil sie im LKW erstickt oder erfroren waren.

"Es geht um Schwere Kriminalität, um Gefahr für Menschenleben und die Überführung von Tätern, die teilweise international operieren und brandgefährlich sind, nicht um die Überwachung oder Bespitzelung von Menschen. Wir verbinden mit der Initiative der Bundesregierung die große Hoffnung, dass die Änderung noch in dieser Legislaturperiode kommt", so Wendt.

Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)

PCR-Pooling-Tests bei der Zollverwaltung

Dem BDZ hat am 17. Februar 2021 begrüßt, dass die Dienststellen der Zollverwaltung nunmehr die Möglichkeit haben, PCR-Pooling-Tests (Testkits) abzurufen und zielgerichtet im Rahmen der Teststrategie der Zollverwaltung als weitere Maßnahme zur Pandemiebekämpfung einzusetzen.

Dieses Verfahren soll die nationale Teststrategie ergänzen und im Optimalfall beschleunigen und flexibilisieren, in keinem Fall jedoch ersetzen. Ziel ist es dabei, Übertragungsketten zu durchbrechen und die Verbreitung des Coronavirus weiter einzudämmen. Der BDZ begrüßt die notwendige Initiative im Interesse insbesondere der Kolleginnen und Kollegen, die aufgrund ihrer Aufgabenwahrnehmung die erforderlichen Mindestabstände zu anderen Menschen nicht gänzlich einhalten können.

Als weitere Maßnahme fordert der BDZ den situationsbedingten Einsatz von Antigen-Schnelltests (Nasen-Rachen Abstrich), um mögliche Infektionen kurzfristig zu erkennen. „Wir halten eine ständige Weiterentwicklung der Hygienekonzepte für angezeigt“, betont BDZ Bundesvorsitzender Dieter Dewes. Der Einsatz von anlassbezogenen Antigen-Schnelltests wäre bei kontaktintensiveren Aus- und Fortbildungsveranstaltungen eine unverzichtbare Maßnahme des Infektionsschutzes.

Namen und Nachrichten

Der **dbb** hat am 12. Februar 2021 eine aktuelle [Ausgabe seines Tarif-Magazins tacheles \(Januar / Februar 2021\)](#) veröffentlicht. Themenschwerpunkte dieser Ausgabe sind ein Interview mit dbb Tarifchef Volker Geyer zum Notlagen-TV für Flughäfen und die Stellungnahme des dbb zum Entwurf eines Betriebsrätetärkungsgesetzes. Außerdem werden aktuelle rechtliche Entwicklungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie dargestellt: die Ausweitung der finanziellen Ersatzleistungen für betreuende Eltern sowie die Rechte und Pflichten der Beschäftigten im Rahmen der Schutzimpfung gegen das Coronavirus.

Die Stadt Eberswalde hat eine Petition zum Erhalt des Arbeitsgerichts Eberswalde gestartet. Der **dbb brandenburg** unterstützt dieses Anliegen. Der Landesvorsitzende Ralf Roggenbuck führt hierzu am 11. Februar 2021 aus: „Die Justiz des Landes Brandenburg hat durch lange andauernde Sparmaßnahmen eine Talfahrt hinter sich. Nur der große Einsatz aller Beschäftigten hat bis jetzt die Funktionsfähigkeit sicherstellen können. Eine unnötige Verschlechterung der Situation durch Schließung von Gerichten ohne eine überzeugende Begründung führt zu einer Demotivation, die wir gerade in diesen bewegten Zeiten nicht gebrauchen können. Natürlich setzen wir uns genauso wie für Eberswalde auch für den Erhalt des Arbeitsgerichts Potsdam ein.“

Der **tbb** setzt sich für eine bessere Bezahlung von Referendaren und Auszubildenden ein. Ein Vergleich mit den Nachbarländern zeige, dass die Referendarbezüge dort deutlich höher sind. Um junge Fachkräfte zu gewinnen, müssten daher die entsprechenden Rahmenbedingungen für den juristischen Vorbereitungsdienst geschaffen werden. Das teilte der Ver-

bund anlässlich einer Meldung vom 16. Februar 2021 mit, nach der Referendare wieder als Beamte auf Probe eingestellt werden sollen.

Das Bundesfinanzministerium hat am 5. Februar 2021 dienstunfallrechtliche Fragestellungen bei Covid-19-Infektionen erläutert. Danach kann eine entsprechende Infektion unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich als Dienstunfall anerkannt werden. Die Beweislast für den Dienstunfall liegt allein bei den betroffenen Beschäftigten. Eine Anerkennung als Berufskrankheit ist ausgeschlossen. „Beamtinnen und Beamte, die aufgrund ihrer Tätigkeit keinen ausreichenden Abstand zu anderen Menschen halten können, dürfen mit dem Risiko einer Infektion und den daraus entstehenden Folgewirkungen nicht allein gelassen werden“, sagte der Bundesvorsitzende der **Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft (BDZ)**, Dieter Dewes, am 16. Februar 2021 und forderte verbesserte Rahmenbedingungen.

Die **Deutsche Polizeigewerkschaft (DPOIG)** hat am 15. Februar 2021 die von der Bundesregierung angeordneten Grenzkontrollen zur Abwehr von Corona-Virusvarianten begrüßt. DPOIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt warnte vor zu vielen Ausnahmeregelungen, weil darunter die Rechtssicherheit und die Effektivität der Maßnahmen leiden: „Die Politik ist gut beraten, sich dabei auf absolute Ausnahmen zu beschränken, nicht jeder, der es von sich behauptet, ist auch systemrelevant.“

Die **DPVKOM** fordert eine weitere Corona-Leistungszulage für die Beschäftigten der Deutschen Post. Um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, wurde am 10. Februar 2021 eine [Online-Petition](#) gestartet.

Termine

13. April 2021, Berlin
12. dbb bundesfrauenkongress